

# presse

---

## **Neue Chancen für Leerstands-beseitigung und Stadt-sanierung in den neuen Ländern**

Zu den heute vom Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) bekanntgegebenen Leerstandsquoten von Wohnungen in den neuen Ländern erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Hans-Joachim Hacker:

Die ostdeutsche Wohnungswirtschaft befindet sich in einer äußerst schwierigen Lage. Leerstandsquote und Bevölkerungsentwicklung zusammen drohen ostdeutsche Städte zu Geisterstädten werden zu lassen, befürchtet Hans-Joachim Hacker.

Mit einer Leerstandsquote von acht Prozent der Wohnungen in den neuen Ländern befindet sich die ostdeutsche Wohnungswirtschaft gegenüber den alten Ländern (Leerstand drei Prozent) noch immer in einer schwierigen Lage. Die Entwicklung der Haushalte, deren erwartete Anzahl in vielen Landkreisen der neuen Länder um 15 Prozent und mehr sinken wird, zeigt die dramatische Situation in den ostdeutschen Städten und Gemeinden. Betrachtet man die Leerstandsquoten von bis zu 13 Prozent in Sachsen-Anhalt zusammen mit der künftigen Bevölkerungsentwicklung, droht eine Situation, in der die Wohnungsunternehmen in einem Jahrzehnt mit einem Drittel leerer Wohnungen umgehen müssen. Die Wohnungsunternehmen gerieten damit zwangsläufig in eine erhebliche Schieflage, Städte könnten sich zu Geisterstädten entwickeln.

Die ostdeutschen Wohnungsunternehmen - und Wohnungsunternehmen, die in alten Ländern ähnlich betroffen sein könnten - müssen deshalb entlastet werden.

Gleichzeitig ist weiterhin eine städtebauliche Aufwertung der Gebiete dringend notwendig. Die ostdeutschen Wohnungsunternehmen sind zusätzlich durch Altschulden aus der Zeit vor 1990 belastet. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat eine weitere Entlastung von Altschulden vorerst abgelehnt. Ein entsprechender Antrag der SPD-Bundestagsfraktion wurde von der Koalition abgelehnt. Nun hat wenigstens das schwarz-gelb regierte Land Sachsen im Bundesrat die Initiative ergriffen und einen Abrisszuschuss von 55 Euro pro Quadratmeter gefordert, sofern dieser Entlastungsbetrag von Altverbindlichkeiten vollständig in die Sanierung der Innenstädte investiert wurde.

Die schwarz-gelbe Koalition im Bund sollte diesen Bundesratsbeschluss schnellst möglich aufgreifen und eine Anschlussregelung für die Altschuldenproblematik vorlegen. Abriss und städtebauliche Aufwertung bleiben die zwei Seiten derselben Medaille, um in ostdeutschen Städten und Gemeinden Lebensqualität zu erhalten und Menschen zu motivieren, in ihren Regionen zu bleiben.